

1223 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXV. GP

**Bericht
des Ausschusses für Arbeit und Soziales**

über den Antrag 1383/A(E) der Abgeordneten Ing. Waltraud Dietrich, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Reform der Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung“

Die Abgeordneten Ing. Waltraud **Dietrich**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 15. Oktober 2015 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Der am 1. Juli 2015 veröffentlichte Bericht des Rechnungshofes zeigt den dringenden Reformbedarf unseres Sozialversicherungssystems auf. Wie aus dem Bericht hervorgeht, war die Ausgleichszulage im Jahr 2012 mit einem Gebarungsvolumen von rund 1 Milliarde Euro die bedeutendste einkommensabhängige Geldleistung im österreichischen Sozialsystem.

Der Rechnungshof zeigt ebenso die fehlende Strategie der künftigen Weiterentwicklung der Ausgleichszulage auf und bemängelt die anders als beispielsweise bei der Einkommensanrechnung ausgestalteten Regelungen, die im Verhältnis zu anderen bedarfsorientierten Geldleistungen wie z.B. der Mindestsicherung zu einem vermehrten Verwaltungsaufwand und schwer nachvollziehbaren Differenzierungen führen.

Ein internes Kontrollsyste m liegt nicht vor, insbesondere bemängelt der Bericht das Fehlen einer Risikoorientierung und einer regelmäßige Evaluierung der Funktionsfähigkeit der Kontrollen.

Aufgrund dieser und anderer Faktoren ist die Ausgleichszulage zur geringen Eigenpension ein Auslaufmodell. Sie ist zwar für die heute älteren Generationen nicht wegzudenken, für junge Menschen - egal in welchen Partnerschaftsformen sie leben - kann jedoch nur gelten, dass jeder seine eigene Pension durch Beitragszahlung selbst erwirtschaftet. Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf und solche, die aus anderen Gründen Hilfe benötigen, selbstverständlich ausgenommen!

Auch in der Literatur und Judikatur wurden die rechtlichen Abgrenzungsprobleme im Hinblick darauf, ob es sich bei der Ausgleichszulage um eine Sozialhilfeleistung oder eine Versicherungsleistung handelt, wiederholt einer Prüfung unterzogen. Danach kommt wenig befriedigend aber doch sehr deutlich zum Ausdruck, die Ausgleichszulage ist sowohl das Eine wie das Andere.¹

Was zu Zeiten unserer Großmütter noch selbstverständlich war, dass Frauen ausschließlich Familienarbeit leisten und entweder kein oder nur ein geringes Erwerbsleben mit geringen Versicherungswerten aufweisen, gilt heute nicht mehr.

¹ Mag. Ingeborg Beck (PVA)

Jeder, der in Österreich lebt - egal ob Mann oder Frau - hat für seine Pensionsversicherung ohne Einbeziehung von Sozialhilfeleistungen zu sorgen. Niemand der heute jungen Generationen kann sein Versicherungsleben – außer im medizinisch begründeten Fällen – danach ausrichten, eine Sozialhilfeleistung zu bekommen oder sich darauf zu verlassen, dass ein Partner (egal in welcher Partnerschaftsform) diese Versorgung erfüllt oder dass dieser dann zur Versorgung zusätzliche Leistungen lukrieren kann.

Wir benötigen Rahmenbedingungen für eine Wirtschaft ohne Bürokratie mit Arbeitsplätzen, damit junge Menschen den Weg in die Selbständigkeit wählen oder als Mitarbeiter ihre Pension erarbeiten können.

Parallel dazu benötigen wir eine Reform der Pensionsversicherung, welche Menschen die volle Wahlfreiheit lässt, wie sie sich ihre Versicherungszeiten - ohne Einbeziehung von Sozialhilfeleistungen – aber dafür mit der Unterstützung durch die Übertragung von Versicherungszeiten von allfälligen Partnern in sämtlichen Partnerschaftsformen wie zum Beispiel im Fall von Kindererziehung absichern.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 28. Juni 2016 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Abgeordneten Ing. Waltraud **Dietrich** die Abgeordneten Mag. Judith **Schwentner**, Erwin **Spindelberger**, Peter **Wurm**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, August **Wöginger**, Mag. Gerald **Loacker**, Ing. Markus **Vogl**, Karl **Öllinger** und Josef **Muchitsch** sowie der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Alois **Stöger**, diplômé.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit (**für den Antrag: T dagegen: S, V, F, G, N**).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Ing. Markus **Vogl** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2016 06 28

Ing. Markus Vogl

Berichterstatter

Josef Muchitsch

Obmann

